

# Sohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Sohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Kirchberg, Erlbach, Vangenberg, Falken, Vangenchursdorf, Meinsdorf, Süttengrund etc.

Organ für Politik, Lokalgeschichte und Geschäftsverkehr, sowie für amtliche Nachrichten.

Der „Sohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in der Geschäftsstelle Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen, die Anzeiger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Als Extrablätter erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“ und monatlich ein Mal die „Kirchlichen Nachrichten“. — Anzeigengebühr für die ögespaltene Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Sämtliche Anzeigen finden gleichzeitig im „Oberlungwitzer Tageblatt“ (Publikationsorgan der Gemeindebehörde zu Oberlungwitz) Aufnahme. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 11 Uhr; größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen.

Nr. 261.

Fernsprecher Nr. 151.

Freitag, den 8. November 1907.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

34. Jahrgang.

## Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

12. öffentliche Sitzung.

Zu dem heutigen Beginn der Sitzungsperiode hatten sich am Regierungstische sämtliche Staatsminister, Dr. von Rüger, Dr. von Otto, Freiherr von Haußen, von Schlieben und Dr. Graf von Hohenhausen, mit zahlreichen Regierungskommissaren eingefunden. Von den Kammermitgliedern fehlte nur Abg. Kretschmar wegen Unwohlseins. Sämtliche 10 Gegenstände der Tagesordnung wurden gemeinsam zur Beratung gestellt.

### Die Finanzangelegenheiten des Staatsministers Dr. von Rüger.

Nach dem Vortrag der Registrande erhielt zunächst das Wort Staatsminister Dr. von Rüger: Am 30. November 1903 hatte ich zum ersten Male die Ehre, vor diesem Hause die Verhandlungen über den Etat einzuleiten. Damals war ich in der wenig erfreulichen Lage, auf einen Rechenschaftsbericht für die Periode 1902/03 hinzuweisen, der einen Fehlbetrag von fast 7 Millionen nachwies. Zwei Jahre später konnte ich bereits einen Rechenschaftsbericht vorlegen, der einen Ueberschuß von 23 1/2 Millionen nachwies. Der uns heute beschäftigende Rechenschaftsbericht für die Finanzperiode 1904/05 konnte abschließen mit einem Ueberschuß von 41 708 781 Mark. Man darf jedoch dabei nicht vergessen, daß in der Zwischenzeit der Geldwert gesunken ist. Die Hauptsache zu diesem Mehrerträgen trugen

#### die Staatsbahnen

bei; sie sind mit 24 937 000, also mit rund 60 Proz. beteiligt. Das Anlagekapital von mehr als einer Million, welches in den Staatsbahnen steck, verzinst sich 1905 auf 4,703 Prozent, 1906 auf 5,242 Prozent, eine ungewöhnlich hohe Verzinsung, wie sie bei den deutschen Staatsbahnen nur noch von Preußen übertroffen wird. Dazu trugen die zu billigen Preisen vorgenommenen Lieferungsabschlüsse nicht unwesentlich bei.

Der Aufschwung unseres Wirtschaftslebens hat seitdem weiter angehalten. Das Jahr 1906 trug, wie der Jahresbericht der Handelskammer zu Chemnitz zutreffend bemerkt, das Gepräge einer Hochkonjunktur. Die von manchen Seiten ausgesprochene Befürchtung, die am 1. März 1906 in Kraft getretenen Handelsaufschüsse würden Industrie und Handel beeinträchtigen, sind nicht eingetroffen, und wieder einmal wurde der Beweis erbracht, daß die Macht der Konjunktur viel stärker ist, als alle handelspolitischen Maßnahmen! (Hört, hört!) Die Landwirtschaft erlitt bei allen Schwierigkeiten, unter denen sie fortgesetzt arbeitet, von neuem. Industrie, Gewerbe und Handel erfreuten sich eines sehr regen Verkehrslebens. Auf solchen Grundlagen kann auch für die Finanzperiode 1906/07 an sich ein befriedigendes Ergebnis des Staatshaushaltes erwartet werden, so viel aber steht fest, daß

das Ergebnis der Periode 1906/07 hinter dem der Finanzperiode 1904/05 zurückbleiben wird. (Hört, hört!) Diese Tatsache wird ohne weiteres begrifflich, wenn man bedenkt, daß die andauernde Preis- und Lohnerhöhung auf den meisten Wirtschaftszweigen die Ausgaben in vielen Zweigen der Staatsverwaltung ganz erheblich gesteigert hat. Daß bei den Staatsbahnen ein Ueberschuß von der vorjährigen Höhe nicht erzielt werden konnte, hängt zunächst damit zusammen, daß 1906 größere Ausgaben noch nicht bezahlt worden sind, die rein wirtschaftlich genommen, diesem Jahre 1906 hätten zufallen müssen, aber erst 1907 fällig waren. Es kommt hinzu, daß sich das Anwachsen der Betriebskosten im Jahre 1907 noch weit stärker geltend machen wird als im Vorjahre. Schon jetzt läßt sich übersehen, daß bei mehreren Ausgabeposten

ganz erhebliche Ueberschreitungen eintreten werden. Insbesondere war eine starke Vermehrung der Güterwagen und Lokomotiven erforderlich. Hierzu kommt, daß sich das Anwachsen der Betriebskosten noch weit stärker geltend machte.

Die Regierung glaubte im Sinne der Landesvertreter zu handeln, wenn sie sofort, nachdem die unabwiesbare Notwendigkeit zur Beschaffung neuer Betriebsmittel sich herausstellte, diesem Bedürfnis nach Möglichkeit Genüge leistete. (Sehr richtig!) Niemand kann sich der ersten Verpflichtung entschlagen, von der augenblicklichen günstigen Lage der Konjunktur sich nicht betören zu lassen und die sinkende Konjunktur in seine Berechnung einzustellen, welche aber kurz oder lang folgt. In den letzten Wochen haben sich die Anzeichen dafür, daß die Hochkonjunktur mehr und mehr im Begriff steht, abzulaufen, unverkennbar gemehrt. (Hört, hört!) Sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls mußte der Vorschlag für 1908/09 auf die unveränderte Fortdauer der wirtschaftlichen Konjunktur basieren, ohne daß für den wirklichen Eintritt dieser Voraussetzung Gewißheit vorhanden war. Dabei stehen nicht etwa unbedeutende Summen in Frage. Eigen den Boretat sind gemeinjährig in den Einnahmen 26 794 970 Mk. mehr eingestellt, der Etat balanziert insgesamt mit 344,8 Millionen Mark. Neben der Unsicherheit wohnt dem Etat eine andere Eigenschaft inne, die ich als ein Element der Stärke bezeichnen möchte,

#### der ungewöhnlich geringe Ausgabebetrag.

Es darf nicht irreführen, daß bei den Kapiteln der Zufuhrverwaltung der verbleibende Mehrertrag sich auf die Summe von 8,4 Millionen stellt, in Wirklichkeit waren im ordentlichen Etat für 1908/09 jährliche Mehrausgaben in der außerordentlichen Höhe von 30,4 Millionen unterzubringen, darunter 16,1 Millionen allein für die Staatsbahnen. Der Projektions des Wachstums der persönlichen Ausgaben übertrifft denjenigen der Zunahme der sächsischen Ausgaben beinahe um das Doppelte. Beide stiegen zwar annähernd um die gleiche Summe von 13 1/2 Millionen, aber dies ergibt bei den persönlichen Ausgaben einen prozentualen Zuwachs von 11,5 Proz., bei den sächsischen Ausgaben von 6,6 Proz. Von den 110 Etatkapiteln vermag nur eine ganz kleine Anzahl eine Verminderung der Ausgaben aufzuweisen, aber keines von ihnen reicht in dieser Beziehung an die Ersparung von Schulzinsen im neuen Etat heran, die gegen 1,2 Millionen ausmacht. Das Kapitel 25, Verzinsung der Staatsschulden, ist daher ein wahrer Lichtblick im ganzen Etat. Die hohen sächsischen Aufwendungen werden noch übertroffen von den

#### persönlichen Ausgaben.

Vor zwei Jahren hob ich schon hervor, wie für jede Staatsleitung ein treues, berufstüchtiges Beamtenum von unanfechtbarer staatlicher Gesinnung und unbegrenzter Pfllichterfüllung eine unerlässliche Voraussetzung sei. Ich fügte hinzu, daß einem solchen Beamtenum die gewissenhafteste Sorge der Regierung um auskömmliche Bezahlung zu entsprechen habe. Seitdem haben sich die Steigerung der notwendigsten Bedarfsgegenstände und das Sinken des Geldwertes fortgesetzt, sodaß wirklame Abhilfe dringend geboten erscheint. Die Thronrede hat bereits die volle Entschlossenheit der Regierung betont, die Bezüge der Beamten den erhöhten Lebensbedürfnissen anzupassen und ebenso die Fürsorge für die dem Staate dienenden Arbeiter nicht zu vernachlässigen, und entsprechende Gesetzesvorlagen sind der Kammer bereits zugegangen. Seitdem der Grundgedanke bleibt, den Beamten, auch in der bescheidensten Stellung, ökonomisch sicherzustellen. Dabei darf allerdings nicht etwa mit dem Augenblicke, wo er seine dienstliche Arbeitsstätte verläßt, enden darf. Die Regierung hat in jedem Falle den berechtigten Ansprüchen ihrer Angestellten im Rahmen der ergriffenen Mittel entsprochen. Das bisher für zwei Drittel der Beamtenschaft durchgeführte System des Aufrückens nach dem Dienstaltersystem wird auf alle Staatsbeamten ausgedehnt und gleichzeitig in mehreren Beziehungen günstiger gestaltet. Die Wohnungsgeldzuschüsse werden unter Wegfall beschränkender Vorschriften verdoppelt. Die Gehaltsnormen der Beamten und Lehrer werden angemessen erhöht, die Gehälter der Lehrer an den Volksschulen werden einer gesetzlichen Neuordnung unterworfen, die Bezüge der Diener, der diätarisch Befolgten, der

Arbeiter werden aufgehehrt. Aus dienstlichen Rücksichten werden Stellenerhöhungen namentlich bei den Staatsbahnen, der Steuer- und Zollverwaltung vorgenommen, wodurch sich die Anstellungs- und Aufstufungsverhältnisse günstiger gestalten. Der Mehraufwand für diese Maßnahmen berechnet sich im Etat für 1908/09 auf 4 1/2 Millionen. Die Pensionen erhöhen sich einschließlich der Wartegelder auf rund 19 Millionen. Den Staatsdienerstellen sind 1404 zugewachsen, davon allein 816 für diätarisch Angestellte, während im laufenden Etat der reine Zuwachs 376 gewesen ist. Die Neuaufstellung kommt zumeist den unteren Beamten zugute.

### Die allgemeine Durchführung des Dienaltersystems

wird zahlreiche Beamte mit einem Schlage besser stellen. Das System ist so günstig für die Beamten ausgestaltet worden, als es im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel überhaupt möglich ist. Die Aufstufungskriterien sind verkürzt und erweitert, bei Durchgangsstellen ausnahmsweise kurz bemessen. Ein Teil der Mitglieder dieses Hauses sucht die Verbesserung der Beamtensätze in anderer Weise zu verwirklichen. Die Regierung könnte nur zustimmen sein, wenn sich diese Wünsche ohne weiteres verwirklichen ließen, sie muß aber auf die entgegenstehenden Bedenken hinweisen. Gegenüber dem Antrag Dr. Vogel und Genossen muß ich bemerken, daß die Regierung gegen außerordentliche Beihilfen oder Teuerungszulagen grundsätzliche Bedenken hat. Diese können nur dann der Beamtenschaft zugestimmt werden, wenn die sichere Aussicht besteht, daß die Gründe, welche zu ihrer Gewährung führen, in Zukunft wieder wegfallen. (Sehr richtig.) Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es sich um vorübergehende Zeitverhältnisse gegenwärtig nicht handelt. Vielmehr ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß die allgemeine Verteuerung des Lebensunterhaltes im großen und ganzen dauernd bleiben und wohl eher noch steigen wird. (Hört, hört.) Nun schlagen die Abg. Dr. Vogel und Gen. weiter vor, schon jetzt eine durchgreifende Reform des Besoldungswesens für 1910 vorzubereiten, es wird aber sehr schwierig sein, die sogenannten Teuerungszulage so zu bemessen, daß sie nicht bei einer organischen Neuordnung der Besoldung äußerlich störend wirken muß. Es wäre nicht empfehlenswert, wenn der gegenwärtige Landtag sich schon für eine Erhöhung der persönlichen Ausgaben im Etat 1910/11 aussprechen wollte. Auch habe ich mich vergeblich gefragt, wie die Mittel für diese außergewöhnliche Maßnahme beschafft werden sollen. Mir scheint dies nicht im Bereiche der Möglichkeit zu liegen. Die Regierung hat sich bei Aufstellung des Etats bemüht, alle Maßnahmen, die jetzt für die Linderung der Not ergriffen werden können, in Aussicht zu nehmen, sie ist fest entschlossen, auf dem besten Wege fortzuschreiten, und ich wiederhole, daß der Etat schon jetzt die dringlichsten Verbesserungen vorgenommen hat. Für die Zukunft ist eine Neuordnung der Gehälter aller Staatsbeamten und gleichzeitig eine Aufbesserung der Bezüge der Pensionäre in Aussicht genommen. (Bravo.) Mit ihr soll die Einführung der dreijährigen Aufstufungskriterien für alle Beamten organisch verbunden werden. Zum Antrag Gänther und Genossen wegen

### Gewährung von Teuerungszulagen an Arbeiter

muß ich sagen, daß für die Arbeiter bereits im Etat an zahlreichen Stellen eine höhere Entlohnung vorgesehen ist. Sollten sich diese Einstellungen als nicht ausreichend erweisen, so werden sie überprüft werden müssen. Aber ich halte es nicht für angebracht, sich auf bestimmte bemessene Teuerungszulagen festzulegen. Zum Antrag Schied auf Einführung des Beanspruchungsverfahrens bei der Einschätzung zur Einkommensteuer behalte ich mir Erklärungen vor.

### Eine Erklärung über die Nebenregierung in Sachsen.

Wie die Regierung jederzeit das ernste Bestreben

haben muß, der Mitwirkung der Landstände ungeschmälerter Spielraum zu lassen, so gebietet ihr die Pflicht, die Rechte der Krone zu schützen und ihre eigene Autorität zu wahren und jeden unbefugten Eingriff zurückzuweisen, von welcher Seite er auch kommen möge (Bravo). Dies hier zu betonen, dürfte als eine Triebfeder erscheinen, wenn nicht in den letzten Tagen Stimmen laut geworden wären, die behaupten, daß ein Eingriff aus der Mitte der Kammer erfolgt und von der Regierung gebuldet worden sei. In der Hitze des Parteihaders fällt wohl manches Wort, das sich später als unzutreffend erweist und besser unausgesprochen geblieben wäre! (Sehr richtig.) Ich bin auch weit entfernt, demjenigen, der jene Behauptungen aufgestellt hat, den guten Glauben zu bestreiten. Gleichwohl muß ich gegenüber der Partynärrigkeit, mit welcher das fragliche Wort weitergetragen worden ist, nachdrücklich konstatieren, daß mir nichts davon bekannt ist, daß von einer einzelnen Fraktion oder einer einzelnen Persönlichkeit jemals der Versuch gemacht worden wäre, die Regierung von sich abhängig zu machen, in Rechte, die der Regierung allein zustehen, einzugreifen oder sich selbst an die Spitze der Regierung zu setzen. (Bravo.) Ich bin der älteste der im Dienste stehenden Minister und erhalte mein erstes Portfeuille schon vor beinahe sieben Jahren, ich glaube immer die Augen offengehalten zu haben, in dieser ganzen Zeit habe ich aber niemals die Wahrnehmung gemacht, daß von irgend einer Seite es versucht worden wäre, in das mir unterstellte oder in ein fremdes Ressort einzugreifen. (Bravo.) Ich darf erwarten, daß diese Erklärung Mißverständnisse und Verwirrungen beseitigen wird, welche die bezeichneten Vorgänge herbeigeführt haben. Dem ferneren Glauben und Gedenken unseres geliebten Vaterlandes setze ich in voller Hoffnung entgegen. Eingehend auf die einzelnen Kapitel des Etats hob der Minister bei Kapitel 16, Eisenbahnen, hervor, daß in den Etat für 1908/09 größere Beträge für Betriebsmittel eingestellt worden sind. Sollte es zu einer

### Deutschen Güterwagengemeinschaft

kommen, so würde dadurch der Umlauf der Wagen erleichtert werden, es stünde aber zu befürchten, daß eine wesentliche Einschränkung in der Ausstattung der Betriebsmittel der einzelnen Verwaltungen eintreten dürfte. Bei den Einnahmen ist im Personenverkehr eine Steigerung von 2%, im Güterverkehr von 5% zu Grunde gelegt worden. Bei der Einstellung der Einnahmen aus dem Personenverkehr war besondere Vorsicht geboten, da die Wirkung der am 1. Mai eingetretenen

### Personalarbeitsreform

sich noch nicht mit Sicherheit überblicken läßt. Die sächsischen Bahnen dürften nur einen geringen Anstieg zu erwarten haben, es steht aber fest, daß ein starker Übergang aus den höheren in die niederen Klassen eingetreten ist. (Hört, hört!) Bezüglich des Antrages auf

### Einführung der 4. Wagenklasse an Sonntagen

bemerkte der Minister, daß die 4. Wagenklasse nur dem Verkehr von Arbeitern und Marktleuten mit Tagelohn auf kurzen Strecken dienen soll. Ein solcher Verkehr erfolgt nur an Werktagen. Wenn man aber den starken Sonntagsverkehr betrachtet, so liegt kein Bedürfnis vor, den Sonntagsverkehr noch zu steigern. (Unruhe.) Die Benutzung der 4. Wagenklasse ist unausgeseht geblieben, besonders seit dem 1. August 1906, der die Fahrkartensteuer brachte. Der Uebergang in die vierte Klasse hat sich nach Einführung der Tarifreform noch erheblich gesteigert. Eine sofortige Einführung der vierten Klasse an Sonntagen kann deshalb nicht in Aussicht gestellt werden, könnte jedoch für später in Erwägung gezogen werden. Es ist zu bedenken, daß auch die Wagenbeschaffung erwogen werden muß; denn schon jetzt herrscht an manchen Wochentagen Mangel an Wagen 4. Klasse. Die Möglichkeit einer

### Ermäßigung der Einkommensteuer

ist nicht gegeben. Ich hatte schon gehofft, den Steuerzahlern eine solche Freude bereiten zu können, aber wie sich die Dinge im Staate entwickelt haben, kann kein Zweifel bestehen, daß aus überwiegenden